

Antrag

**der Abgeordneten Ksenija Bekeris, Regina-Elisabeth Jäck, Kazim Abaci,
Annkathrin Kammeyer, Dirk Kienscherf, Uwe Lohmann, Doris Müller,
Barbara Nitruich, Wolfgang Rose, Jens-Peter Schwieger, Ali Simsek (SPD)
und Fraktion**

Betr.: Inklusion als Leitorientierung für Hamburg

Seit Bestehen der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung ist klar, dass zur Umsetzung dieser Rechte die Frage der Teilhabechance von Menschen mit Behinderung in allen Politikbereichen konsequent mitgedacht werden muss.

Inklusion als Politikansatz erfordert ein neues Denken, das in allen Politikbereichen die Belange von Menschen mit Behinderung mitdenkt und damit die Zugangschancen für alle erhöht, die aus unterschiedlichsten Gründen bisher nur eingeschränkt von Regelangeboten Gebrauch machen können.

Das Konzept von Inklusion muss im Sinne einer Mainstreaming-Strategie also auf breiter Basis behördenübergreifend verankert werden.

Wir müssen lernen, die Welt so wahrzunehmen, wie die Menschen mit Behinderung es tun.

Die konsequente Berücksichtigung dieses Gedankens einer möglichst breiten Teilhabe aller Menschen dient im besten Sinne dem Gemeinwohl.

Der Senat hat sich zu den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention bekannt. Mit der Senatskoordinatorin für Menschen mit Behinderung und dem Landesbeirat wird zurzeit ein Landesaktionsplan zur Umsetzung dieser Konvention erarbeitet.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird gebeten,

- zu prüfen, wie der Inklusionsgedanke als regelhafter Prüfpunkt im Rahmen der Erstellung von Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft vorgesehen oder durch welche anderen Verfahren der Inklusionsgedanke regelhaft im Regierungshandeln berücksichtigt und die Relevanz hinsichtlich der Inklusion dargestellt werden kann.
- der Bürgerschaft über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten.